

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Preis für Nachdruckpreise: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1925 bei täglich zweimaliger Auflistung drei Groschen Goldmark.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzige 30 mm breite  
Anzeigen-Preise: Abatt 30 Pf., darüber 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeige ohne  
außerhalb 200 Pf., Überlänges 10 Pf., die 90 mm breite Anzeigen 150 Pf.,  
außerhalb 200 Pf., Überlänges 10 Pf., Ausw. Aufdrucke gegen Sonderpreis.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl: Konio 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gültig. Unverangste Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Rein Verzicht auf den Anschluß Österreichs!

Der Reichsaufßenminister Dr. Stresemann über die Unhaltbarkeit der deutschen Ostgrenze.

Die Schwierigkeiten der Kabinettbildung in Paris. — Vermutungen über den kommenden Ministerpräsidenten.

### Ein Interview bei Stresemann.

*(Siegerer Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)*  
Wien, 14. April. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht in ihrer Übersetzung eine Unterredung mit dem Reichsaufßenminister Dr. Stresemann, in der es heißt: Nicht genug damit, daß die östl. Zone nicht geräumt wird, daß man uns nicht einmal mitteilt, warum deutscher Grund und Boden vertragswidrig von fremden Truppen besetzt wird, sieht es ja so aus, als ob man das deutsche Garantieangebot mit unmöglichen Forderungen beantworten wollte. Man spricht von einer feierlichen Anerkennung unserer Ostgrenzen, ja man spricht sogar von einem Verzicht auf die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden Brüderländer Deutschösterreich und Deutschland.

Was die Ostgrenzen anlangt, so weiß die ganze Welt, daß wir die gegenwärtige Grenzführung als einen ungerechten Zustand ansiehen. Auf eine feierliche Anerkennung dieses Zustandes können wir uns nie einlassen.

Was nun die Frage des österreichischen Anschlusses mit dem Sicherheitspakt zu tun haben soll, ist mir völlig unverständlich. Die Hinzlebung dieser Frage macht wirklich den Eindruck, als ob man die Gelassenheit brennen wollte, um uns eine Generalbeichte über die gesamte zukünftige deutsche Außenpolitik ablegen zu lassen. Ich brachte nicht hervorzuheben, daß keine deutsche Regierung sich auf Erklärungen einlassen kann, welche die durch den Berliner Vertrag geschlossenen Bindungen noch verstärkt würden. Das deutsche Angebot war und ist dazu bestimmt, den Frieden sicher zu begründen, als es im Generalvertrag von Versailles gelungen ist. Unser Angebot sollte aber von der Gegenseite nicht zu dem Verlust benutzt werden, aus Deutschland immer neue Erklärungen herauszupressen und ihm neue Fesseln anzulegen. Nur wenn es so ehrlich behandelt wird, wie es von Deutschland gemeint war, kann das Sicherheitsangebot zu dem erstrittenen Ziel der Befriedung Europas führen.

### Die notwendige Wiederbelebung der Ruhrwirtschaft.

*(Siegerer Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)*  
Essen, 14. April. Reichslandrat Dr. Luther sagte in einem Übertrag an die „Essener Allgemeine Zeitung“ u. a.: Ich habe schon früher einmal das Wort von der Verschärfung der Politik gesprochen. Ich glaube an die Verschärfung, denn ich habe mich in Essen davon überzeugen dürfen.

Ist doch das ganze Ruhrgebiet in seiner eindringlichen Arbeit ein einziger Zwang zur Sachlichkeit. Der Lebens- und Arbeitswillen kann sich jetzt wieder entfalten, wenn auch die gegenwärtige Gesamtlage der schaffenden Arbeit noch mancherlei Hindernisse in den Weg legt. Das Bestreben der Reichsregierung ist es, mitzuhelfen, daß die ungeheure Arbeitsmaschine des Ruhrgebietes wieder vollkommen läuft und die zeitweise gestörten Verbindungen zwischen dem Ruhrgebiet dem übrigen Deutschland und der Welt wieder engste geknüpft werden. Das gilt sowohl um der Wirtschaft Deutschlands als auch der Welt willen. Ich glaube an eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Ruhrgebietes, die die Folge der bevorstehenden Räumung des Ruhrgebietes sein wird.

### Ein polnisches Militärflugzeug auf deutschem Boden gelandet.

*(Druckbericht unserer Berliner Schriftleitung.)*  
Berlin, 14. April. Am Oster-Sonnabend, gegen 10 Uhr vormittags, ist bei Merzwiese, südlich von Krössin an der Oder, ein polnisches Militärflugzeug, neuerer französischer Konstruktion mit 400-PS-Motor, gelandet. Die Insassen, zwei polnische Offiziere in Uniform, erklärten, daß sich das Flugzeug auf dem Überflugflug von Krakau nach Polen befunden habe und die Orientierung verloren gegangen wäre. Nach Feststellung ihrer Verhältnisse wurden die beiden Offiziere freigelassen. Das Flugzeug selbst ist einschließlich polizeilich sichergestellt.

### Die Thüringer Staatsregierung verbietet französische Kundgebungen.

Jena, 11. April. In Jena spielte heute ein Fußball-Club aus Paris gegen einen biesligen Arbeitersportverein. Der Jenauer Verein hatte vor, die Franzosen ab Bahnhof leiser zu empfangen und sie in großem Aufzug durch die Stadt zu geleiten. Diese Absicht hatte mit Recht in nationalen Interessen der Stadt beständigen Widerdruck hervorgerufen. Die Staatsregierung verbietet deshalb jede Demonstration und ließ heute mittag den Bahnhofplatz durch ein Polizeiaufgebot absperren. Trotz des Verbots hatten sich Hunderte von Arbeitersportlern eingefunden und begrüßten die Franzosen mit Heißrufen. Der Polizei gelang es jedoch, die Menge bald zu zerstreuen. Auch in Weimar, wohin die Franzosen ebenfalls kommen wollten, hatte die Staatsregierung vorläufige Maßnahmen getroffen.

## Kundgebungen für Hindenburg.

### Einigkeit rechts, Uneinigkeit links.

*(Siegerer Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)*  
Berlin, 14. April. Bis Dienstag früh haben sich im Reichsgebiet 236 große Verbände und Berufsorganisationen für die Unterstützung der Reichspräsidentenwahl Hindenburg erklärt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei hat knapp vierzehn Tage vor der Wahl der Widerstand gegen eine Sammeldeklaration Marx neu eingesetzt. Der sozialdemokratische Wahlverein Halle erklärt in einer Entschließung, daß er sich nicht für die Befolgung der Wahlparole Marx durch die Genossen verbürgen könne, da er vielmehr fürchte, daß der Verzicht auf einen eigenen sozialdemokratischen Kandidaten große Teile der Wählerschaft dem Kommunismus zutreiben könnte.

### Ein Aufruf des Reichsblocks in Bayern.

*(Druckbericht unserer Berliner Schriftleitung.)*  
Berlin, 14. April. Die Landesleitung Bayern des Reichsblocks erläutert einen Aufruf, in dem festgestellt wird, daß die Einigung der nationalen Deutschen erreicht sei. Der Name Hindenburg bedeute den wahren Ehrenwert, den Frieden im Volk und die Durchdringung des Deutschen Lebens mit echt christlichem Geiste, die Ablehnung von Klassenkampf und von unedlem Wesen, sowie von nationaler Schwäche. Am Schlus des Aufrufes heißt es: Vaht und für alle Zeiten die Schmach des Jahres 1918 abgraben. Wenn Ihr das wollt, stellt an die Spitze des Deutschen Reiches den Mann, der heute noch in frischer Kraft das deutsche Volk führen und retten will, wie er es in schwerster Zeit führt und gerichtet hat. Wählt geschlossen im geistigen nationalen Willen am 28. April den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, den Deutschenkönig der Deutschen. Bedenkt, was Euch der große Führer opfer! Die Welt soll sagen: Sein höchstes Amt gab Deutschland dem arthigen seiner Söhne. Der Aufruf ist vom Reichsblock und 48 Parteien, Verbänden und Organisationen Bayerns unterzeichnet. An der Spitze stehen die Bayrische Volkspartei, die Deutsche Nationalpartei, die Deutsche Volkspartei und Nationalliberale Partei Bayerns und die Deutsche Volkspartei in der Pfalz, die sich alle, wie gemeldet, am Ostermontagabend in München versammelt hatten.

### Der Bayrische Bauernbund

ist in einer Sitzung eines Landesausschusses am Sonnabend zu einer zwiespältigen Parole für die Reichspräsidentenwahl gekommen. Er empfiehlt seinen Wählern, für Marx zu

stimmen, doch soll dabei kein Gewissenszwang ausgeübt werden. Diese Parole, die für den Auftreten schwer verständlich ist, begreift man erst, wenn man erfährt, daß der radikal-niederrheinische Flügel im Bauernbund, dessen Führer Ganderkes schon beim Umsturz 1918 und in der Nützeit 1919 eine aktive Rolle gespielt hat, jetzt die Oberhand bekommen zu haben scheint, und so die Parole durchsetzt. Es ist kaum anzunehmen, daß die Mehrheit der bauernbündlerischen Wähler dieser Parole folgen wird.

### Eine vaterländisch-soziale Öfferkundgebung.

Berlin, 14. April. Am Ostermontag fand in Potsdam eine mächtige, aus Berlin und der Mark Brandenburg stark beschickte Kundgebung von Arbeitern und Angestellten auf überparteilicher Grundlage zur Reichspräsidentenwahl statt. Auch die vaterländischen Verbände beteiligten sich zahlreich mit Fahnenabordnungen.

Als Hauptredner sprach der Vorsitzende des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände, der Spartenorganisationen der vaterländischen Arbeitnehmerbewegung, Reichstagsabgeordneter Fritz Geißler, über die ersten Gefahren der Zukunft des deutschen Volkes. Außer dem Druck des Versailler Vertrags steht uns noch die Belastung durch das Dawes-Abkommen bevor. Beide werden den Prüfstein abgeben, ob das deutsche Volk aus seinen Sünden und Flehlern endlich gelernt hat. Wenn es sich nicht in allen Schichten zu dem vaterländischen Gemeinschaftsgefühl zu erheben mag, dann werden in den nächsten Jahren neue wilde wirtschaftliche und politische Klassenkämpfe unser Volk durchstoßen und die breiten Massen in noch gräßeres Elend stürzen. Ferner würden außenpolitische Möglichkeiten zur Besserung des deutschen Schicksals ungünstig vorübergehen.

Aufgabe der vaterländischen Bewegung ist es, das ganze deutsche Volk mit vaterländisch-sozialem Gemeinschaftsgefühl zu durchdringen. In Dresdnerburg steht vor dem deutschen Volke das heile Vorbild der Geschichte, welche die Voransetzung des Staatsideals der Gerechtigkeit, Toleranz, sozialen Brüderlichkeit und Freiheit, also besserer Zeiten ist.

### Ein belgisches Kabinett Vandervelde?

(Turkishpunkt)

Brüssel, 14. April. Der König hat Vandervelde die Bildung des neuen Kabinetts angeboten. Vandervelde hat sich die Aufgabe vorbehalten, da er zuvor seine Freunde zu Rate ziehen will. (W. L. B.)

### Zwischen den Gedenklagen.

Von Fedor v. Jobeltzky.

Der vergangene Tag der Volkstrauer zur Erinnerung unserer Gefallenen im Kriege und die nun beginnende Tausendjahrfeier des Rheinlandes lenken den Blick zurück auf das furchterliche und schamvolle Friedensdokument, das die Weltgeschichte kennt. Wenn der Krieg durch heroismus zu gewinnen gewesen wäre, hätten ihn die Deutschen gewonnen, sagt Professor Valentin. Die Entscheidung kam aber durch die Masse und die Wucht der Gegner. Und Schlimmeres folgte: jener ungeheure Vertrag Wilsons, der seine berühmten „vierzehn Punkte“ zu einer Farsce machte. So konnte in den Vertrag von Versailles die Fiktion von der Schuld Deutschlands am Kriege Einführung finden, und, fuhrend auf ihr wurde in 114 Artikeln dem Siegten Sühne und Strafe zugemessen.

Hente wie damals, als die Deutschen gezwungen wurden, das barbarische Diktat zu unterzeichnen, bildet es die „Magna charta“ für die Siegerstaaten. In einer seiner letzten Reden redeten wie Herrscher sogar mahnend darauf hin, daß Deutschland noch immer nicht den Kaiser Wilhelm als schmerzten „Kriegsverbrecher“ ausgeliefert habe, vergessen, daß nach Artikel 227 des Vertrages die alliierten und associierten Mächte selbst die Verpflichtung übernahmen, die Regierung der Niederlande um Auslieferung des Kaisers „zum Zwecke seiner Verurteilung“ zu ersuchen. Dafür wüteten die französischen und belgischen Militärgerichte weiter und verurteilten in contumaciam deutsche Offiziere, die längst tot sind oder die niemals den Ort ihrer angeblichen Verbrechen gekannt haben.

Man muß sich Herrriots aufreizende Reden in das Gedächtnis zurückrufen, um zu der Erkenntnis zu gelangen, wie schwach es auf der Gegenseite mit dem „Verständigungsummen“ bestellt ist. In einer der letzten Noten der Alliierten an die deutsche Regierung findet sich allerdings der Schlussatz, daß die Deutschen den Vertrag treu und ehrlich innehalten wollen. Daß das nur eine Phrase ist, kann in mancherlei Fällen nachgewiesen werden. Der starke Beweis war die Nichträumung der östl. Zone und die Andeutung Herrriots, auch weiterhin an der Belebung der Brückenkopfe als notwendige Sicherheitsgarantie festzuhalten.

Bon einem neuen Sicherheitspakt zwischen Deutschland, Frankreich und England wird viel fabuliert. Daß er aufzustecken kommen könnte, ist nicht zweifelhaft, wenn Deutschland es mit seiner Ehre verträglich finden würde, ein entmilitarisiertes, neutrales und autonomes Westhessenland schaffen zu lassen. Denn immer würde es sich nur um die Sicherheit Frankreichs handeln, aber nie um das von schwererfüllten Nachbarn umgebene Deutsche Reich.

Fast zwei Millionen deutscher Männer haben in beispiellosen Kämpfen ihr Herzblut geopfert, und ihrer galt am 1. März in unvergleichlicher schmerzlicher Dankbarkeit unser Gedanken. Aber kann es ein Wunder sein, wenn sich in diesen Gedanken zugleich ein Gefühl tiefer Bitterkeit mischt? Neben die Vogesen und über den Kanal strömt uns noch immer der alte eisigkalte Ozean entgegen. Die absolute Wehrlosigkeit Deutschlands genügt den Gegnern nicht, man flammert sich furchtbar an Einzelheiten, die man zu „Verfehlungen“ aufbaucht, um eine Entschuldigung für den Bruch der Verträge zu finden. Und das Widerlicht ist, daß es Deutsche gibt, die diese nackte Gewaltpolitik durch ein elendes Denunziantentum unterdrücken. Von den ersten Veröffentlichungen des Herrn Greiling an bis zu den letzten deutschfeindlichen Artikeln des Professors Förster ist ein weiter Weg, aber er zeigt etappenweise den moralischen Niedergang des sogenannten Pazifismus, die Verführung einer an sich großen Idee durch ein erbärmliches System von Selbstbezichtigung zugunsten des Feindes.

Die Entwicklung Deutschlands sollte nach Teil 5 der Friedensförderungen der Entente die „Vorbereitung“ sein zu einer allgemeinen Beschränkung der Machtungen aller Nationen. Aber diese Vorbereitungen sind bisher leere Worte geblieben. Stattdessen ruft man in zahlreichen Proklamationen Frankreich noch nach einer anderen Abrüstung Deutschlands, nämlich der „moralischen“. Die deutsche Mentalität müßte erst von Grund aus umgestellt werden, ehe man an eine friedliche Verständigung denken könnte, denn noch lebt in uns als Endziel aller nationalistischen Bestrebungen der Gedanke an eine Revanche.

Wie die französische Mentalität beschaffen ist, lehren uns die Pariser Kammerreden der Chauvinisten, die Blutausfälle der Republik, die Verurteilung der Militärgerichte, die infamen Beleidigungen Deutschlands in den Schulbüchern. Frankreich hat fast ein halbes Jahrhundert auf seine Revanche gewartet und sie dann unter Beihilfe von zwei Dutzend Bundesgenossen gründlich nehmen können. Von uns aber verlangt man, daß wir schon den Gedanken an die Wiedergutmachung des uns angestellten Unrechts rechtlos anzugeben sollen. Das wird niemals geschehen. Wir wissen, daß wir unter dem Druck von Versailles mit Waffengewalt nichts erreichen können. Auch Herrriot weiß das und hat lebhaft bei einem Journalistenbankett trotzdem von der „furchtbaren Drohung eines Frankreich umherzuhenden unerwarteten Angriffs“ und abermals von dem Geist unserer „kriegerischen Revanche“ gesprochen. Die völkerhähnliche Kraft einer wahnsinnigen Kriegsbereitschaft wurde und leider zerbrochen. Und wenn man uns auch den alten manneswerten Soldatengeist nicht rauben kann — wir müssen Geduld haben und warten, wie Frankreich gewarnt hat. Denn unsere Zeit wird wieder einmal kommen